

# Anfrage

Landtag von Niederösterreich

Landtagsdirektion

Eing.: 15.09.2010

Ltg.-609/A-4/150-2010

-Ausschuss

des Abgeordneten **Hafenecker**

an LH Dr. Erwin Pröll gem. § 39 Abs. 2 LGO 2001

betr.: **Rechnungshof - Rohbericht betreffend „Skylink“**

Am 1. Juli 2009 hat der NÖ Landtag einstimmig beschlossen, dass der Rechnungshof aufgefordert wird, die Vorgänge rund um das Projekt „Skylink“ am Flughafen Wien zu prüfen. Anlass dafür war eine Baukostenexplosion. Ausgehend von den ursprünglich veranschlagten 420 Millionen wird mittlerweile angenommen, dass die Fertigstellung dieses Projektes etwa eine Milliarde kosten wird. Das Einschreiten des Rechnungshofes wurde erst durch die Feststellung des VfGH möglich, der erkannt hat, dass die Bundesländer Wien und Niederösterreich zwar nicht Mehrheitseigentümer der Flughafen - Wien AG sind, jedoch dort eine dominierende Stellung einnehmen. Gemeint ist damit die proporzmäßige Besetzung von Vorstand und Aufsichtsrat.

Seit 3. September 2010 liegt nun der rund 300 Seiten starke Rohbericht des Rechnungshofes den Landeshauptleuten von Wien und Niederösterreich, Dr. Häupl und Dr. Pröll sowie dem Flughafenmanagement zur Abgabe einer Stellungnahme vor. Dem Vernehmen nach wird aber weder in Niederösterreich noch in Wien die jeweilige Landesregierung mit diesem Bericht befasst und der Rohbericht unter Verschluss gehalten. Der Eindruck, dass sich in dieser Causa ÖVP und SPÖ in gegenseitiger Geiselhaft befinden, lässt sich gerade vor dem Hintergrund der demnächst stattfindenden Gemeinderatswahlen in Wien nicht wegdiskutieren.

Wenn dem NÖ Landtag vom VfGH das Recht zugestanden wird, eine Prüfung für den Flughafen Wien zu beantragen, so sollte vice versa auch der Rohbericht zumindest in der Landesregierung behandelt werden und in weiterer Folge der Landtag davon Kenntnis erlangen. Bis dato ist jedoch noch nichts in diese Richtung geschehen.

Der Gefertigte stellt daher an Herrn LH Dr. Erwin Pröll folgende

**Anfrage:**

1. Ist vorgesehen, die NÖ Landesregierung mit diesem Rohbericht zu befassen?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Wurden Sie zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert?
4. Wenn ja, wurde diese bereits an den Rechnungshof übermittelt, bzw. wann wird dies erfolgen.
5. Wurden bzw. werden zur Abgabe einer Stellungnahme weitere Personen oder Gremien beigezogen?
6. Wenn ja, welche Personen bzw. Gremien?
7. Welche Maßnahmen haben Sie im Zusammenhang mit dem Rohbericht gesetzt, bzw. Maßnahmen Ihrerseits geplant?
8. Wurde der Rohbericht an weitere Regierungsmitglieder oder andere Personen übermittelt?
9. Wann ist der Endbericht zu erwarten?